

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Freitag, 26. März 1982

Blatt 823

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS      Mayr: VOEST übernimmt AKPE zu 100 Prozent  
ausgesendet:  
(grau)

Kommunal:              Wiener Gemeinderat  
(rosa)                    Gemeinderat: 79 Geschäftsstücke ohne Debatte  
   beschlossen

Nur                      26.3. Straßenbahnzug der Linie "5" entgleist  
über FS:                Pkw durchstieß Plakatwand und blockierte "64er"  
   Gersthofer Straße: Umleitung

.....  
 Bereits am 25. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet  
 .....

Mayr: VOEST übernimmt AKPE zu 100 Prozent

Fertigstellung des Hauptgebäudes Ende 1988 - einhalten.

Die Verhandlungen mit der VOEST stehen kurz vor dem Abschluß.

Nach einer Einigung wird das Vertragswerk zum frühest möglichen Zeitpunkt den zuständigen politischen Gremien zur Diskussion und Beschlusfassung vorgelegt. (Schluß) sei/gg

wenn, 25.3. der Kommunal-Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Donnerstag zum angekündigten dringlichen Antrag der ÖVP im Wiener Gemeinderat, daß die von der ÖVP vorgeschlagenen Maßnahmen zu einer wesentlichen Bauverzögerung führen würden. Die Fertigstellung des AKH würde nach den Vorstellungen der ÖVP sicher nicht vor 1990 möglich sein. Jedenfalls würde es in den nächsten Monaten zu einem Stillstand auf der Baustelle kommen.

NNNN

Demgegenüber führen der Bund und die Stadt Wien derzeit intensive Verhandlungen mit der VOEST über eine Übernahme der AKPE. Die Verhandlungen haben ergeben, daß die VOEST die AKPE zu 100 Prozent übernehmen soll und daß die AKPE somit eine Tochter der VOEST wird. Die VOEST wird in der AKPE das Projekt-Management betreiben. Die VOEST, die im Auftrag von Bund und Wien treuhändig tätig wird, wird das bisherige Zeit- und Kostenlimit - Kosten auf Preisbasis 1980 25,4 Milliarden, Teilfertigstellung 1985, Fertigstellung des Hauptgebäudes Ende 1988 - einhalten.

Die Verhandlungen mit der VOEST stehen kurz vor dem Abschluß. Nach einer Einigung wird das Vertragswerk zum frühest möglichen Zeitpunkt den zuständigen politischen Gremien zur Diskussion und Beschlusfassung vorgelegt. (Schluß) sei/gg

NNNN

26. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 824

.....  
Bereits am 25. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

IIIIII

Mayr: VOEST übernimmt AKPE zu 100 Prozent

Utfl.: Zeit- und Kostenlimit wird eingehalten

++++

15 Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Donnerstag zum angekündigten dringlichen Antrag der ÖVP im Wiener Gemeinderat, daß die von der ÖVP vorgeschlagenen Maßnahmen zu einer wesentlichen Bauverzögerung führen würden. Die Fertigstellung des AKH würde nach den Vorstellungen der ÖVP sicher nicht vor 1990 möglich sein. Jedenfalls würde es in den nächsten Monaten zu einem Stillstand auf der Baustelle kommen.  
Demgegenüber führen der Bund und die Stadt Wien derzeit intensive Verhandlungen mit der VOEST über eine Übernahme der AKPE.

Die Verhandlungen haben ergeben, daß die VOEST die AKPE zu 100 Prozent übernehmen soll und daß die AKPE somit eine Tochter der VOEST wird. Die VOEST wird in der AKPE das Projekt-Management betreiben. Die VOEST, die im Auftrag von Bund und Wien treuhändig tätig wird, wird das bisherige Zeit- und Kostenlimit - Kosten auf Preisbasis 1980 25,4 Milliarden, Teilfertigstellung 1985,

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) trat der Wiener Gemeinderat am Freitag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), ob es bereits Berechnungen der künftigen Betriebskosten des österreichischen Konferenzzentrums gebe, antwortete Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in Vertretung des Bürgermeisters, daß der Stadt Wien eine offizielle und verbindliche Kalkulation bisher nicht zugegangen sei. Sie betonte, daß die gesamten Kosten des Betriebes vom Bund zu tragen sind. Eine globale Kostenschätzung der IAKW bewegt sich in der Größenordnung von 100 Millionen Schilling. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, mit welcher Auslastung sie rechne, antwortete Fröhlich-Sandner, daß laut Schätzungen aus dem Konferenzzentrum dieses an 220 Tagen im Jahr mit kleineren und mittleren Veranstaltungen zum Teil und an 140 Tagen voll ausgelastet sein könnte. Ein Tag Vollausslastung könnte Einnahmen von 150.000 Schilling (geschätzte Preisbasis 1985) bedeuten. Zum Vergleich: Ein Tag Hofburg verursacht heute bereits Betriebskosten von mehr als 100.000 Schilling. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, mit welchen Kongressen sie rechne, antwortete Fröhlich-Sandner, daß schon vor Jahren eine Kongreßförderung mit Handelskammer und Fremdenverkehrsverband gebildet wurde. Sie betonte, daß derzeit einige Großkonferenzen mangels geeigneter Räumlichkeiten schon verloren wurden.

Die ZWEITE ANFRAGE wurde zurückgezogen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Absicht die MA 64 mit der Erlassung von Bescheiden verfolge, mit denen Betriebsinhaber entlang der Wienzeile unter Androhung der Enteignung aufgefordert werden, Bauten nach Bauklasse IV zu errichten, antwortete Stadtrat NEKULA, daß eine Aktion zur Feststellung von Grundstücken, die nicht oder nicht gemäß dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan bebaut sind, eingeleitet wurde. Eine Enteignung sei zwar rechtlich möglich, doch sei nicht daran gedacht. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum gerade auf der Wienzeile solche Bescheide ausgestellt werden, antwortete Nekula, daß zunächst schwerpunktmäßig drei Gebiete in Wien ausgesucht wurden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welchen Zweck ein eventueller Grundstückserwerb seitens der Stadt Wien an der Wienzeile haben könnte, die doch für Wohnbauten nicht sehr geeignet sei, antwortete Nekula, daß die Liegenschaftsverwaltung nicht nur die Aufgabe habe, Grundstücke für Wohnbauten, sondern auch für alle anderen Aufgaben der Stadt sicherzustellen. So kämen Grundstücke in diesem Bereich sicherlich für Gewerbebetriebe in Frage.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. FREINBERGER (SPÖ), wie das Sekundärnetz der Verkehrsbetriebe nach der Verlängerung der U 1 nach Kagran umorientiert werde, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN, daß das Verkehrsnetz im 22. Bezirk und in Teilen des 21. Bezirks auf das neue U-Bahn-Zentrum Kagran ausgerichtet werde. Die Straßenbahnlinie 25 wird zwischen der Großfeldsiedlung und dem Zentrum Kagran, die Straßenbahnlinie 26 zwischen Floridsdorf, Zentrum Kagran und Stadlau verkehren. Auch das Autobusnetz wird auf die U-Bahn ausgerichtet, wobei es auch einige neue Verbindungen geben wird, so zum Beispiel von der Siemensstraße zum Zentrum Kagran. Auch im Zusammenhang mit der Verdichtung des Schnellbahnverkehrs ab dem heurigen Sommerfahrplan wird das Autobusnetz den neuen Gegebenheiten angepaßt und verbessert werden. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von Ing. SVOBODA (SPÖ), wieweit die Verhandlungen zwischen der Verbundgesellschaft und den Stadtwerken zur Änderung des Aufteilungsschlüssels bei der Stromversorgung gediehen sind, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN, daß derzeit das Verhältnis zwischen Fremdlieferung und Eigenproduktion der E-Werke 35 zu 65 beträgt. Derzeit laufende Verhandlungen sind erfolgreich. In der ersten Phase wird der Fremdstrombezug auf 40 Prozent, in den nächsten Jahren auf 43 Prozent angehoben. Ziel ist ein Verhältnis von 50 : 50.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob beabsichtigt ist, das Energiekonzept entsprechend zu modifizieren, antwortete Stadtrat Hofmann, daß die Fortschreibung im Energiekonzept vorgesehen ist. Es hat sich jedoch gezeigt, daß das Wirtschaftswachstum und der Energieverbrauch nicht mehr wie bisher gekoppelt sein dürften. Vor einer Fortschreibung müssen die derzeitigen Trends analysiert und bewertet werden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von Gemeinderat Mag. KAUER (ÖVP), warum im Zuge des Umbaues des Julius-Raab-Platzes keine Radwege angelegt wurden, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN, daß der Umbau noch nicht abgeschlossen ist. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann er sich durch Augenschein davon informieren werde, ob die Mindestanforderungen erfüllt sind, antwortete Hofmann, daß der Umbau nach dem generellen Projekt vorgenommen und ein Radweg errichtet wird. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann die Herstellung des Ring-Rund-Radweges hergestellt werde, antwortete Hofmann, daß er sich in seinen Ausführungen auf den Radweg Kai - Urania - Praterstraße - Reichsbrücke bezogen habe. Der Ring-Rund-Radweg ist im generellen Projekt nicht enthalten.  
(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von Gr. Ing. RIEDLER (SPÖ) nach dem aktuellen Stand in der Angelegenheit Rinter AG antwortete Stadtrat VELETA, daß der Gemeinderat dieses Projekt im Jahre 1979 einstimmig beschlossen hat. Es wurde eine Jahrespauschale von 126 Millionen vereinbart. Nach der Inbetriebnahme im Juli 1981 war ein Probetrieb notwendig. Im Dezember 1981 habe er die Magistratsdirektion um die Prüfung der Rechtslage ersucht, wobei festgestellt wurde, daß der Vertrag keine Bestimmung über den Probetrieb enthält. Nach gründlicher Prüfung durch die Magistratsdirektion wurde im Jänner 1982 ein im Vertragsrecht sehr versierter Anwalt mit der Prüfung betraut. Über Aufforderung hat die Firma Rinter im März 1982 Vorschläge vorgelegt, in welcher Weise sie die Herstellung vertragsgemäßer Zustände beabsichtigt. Nun laufen Vertragsverhandlungen mit der Firma Rinter und den Banken. Den Verhandlungen soll durch vorzeitige Veröffentlichungen nicht vorgegriffen werden. Nach dem Gutachten hat die Firma Rinter ihre Verpflichtungen bisher nicht erfüllt. Auf der Grundlage dieses Gutachtens werden nun die Verhandlungen geführt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Zielvorstellungen die Stadt Wien verfolgt, antwortete Stadtrat Veleta, auf Grund des Gutachtens und der Hinweise zu einem befriedigenden neuen Vertrag zu kommen.  
(Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. DDr. STRUNZ (ÖVP), ob die verschiedenen Deponien, auf denen derzeit Sondermüll für die EBS gelagert wird, den notwendigen Anforderungen zur Lagerung giftiger und gefährlicher Stoffe, insbesondere auch zur Deponierung von Aschenrückständen aus der Klärschlambeseitigung entsprechen, sagte Stadtrat VELETA (SPÖ), zur Zeit der Errichtung der Anlagen seien die behördlichen Auflagen voll erfüllt worden. Die Genehmigung zur Herstellung der Deponie wurde im März 1978 erteilt, die Baudurchführung wurde durch die MA 29 laufend überwacht. Die Errichtung des Deponiebeckens in der EBS selbst wurde im Juni 1980 bewilligt, auch hier wurden die Auflagen voll erfüllt.

Nach der Kommissionierung im Auftrag von Bürgermeister GRATZ, im Februar dieses Jahres, wurden zusätzliche Becken errichtet. Zwei Wannern a 450 Quadratmeter sind bereits fertig, eine steht knapp vor der Fertigstellung. Am Bau einer vierten wird gearbeitet. Derzeit, betonte Veleta, sei die ordnungsgemäße Lagerung sichergestellt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum seinerzeit ein asphaltiertes Becken gebaut wurde, das für die Lagerung organischer Lösungsmittel ungeeignet sei, antwortete StR. Veleta, daß auf Grund der Kommissionierung, wie bereits erwähnt vier neue Wannern errichtet werden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum die niederösterreichische Wasserrechtsbehörde den Bescheid zur Lagerung von Sondermüll und Klärschlamm auf der Deponie Schwechat zurückgenommen hätte, erwiderte Veleta, daß er nicht für Niederösterreich sprechen könne. Die Frage werde nun in rechtlicher Hinsicht geklärt werden. (Schluß)  
fk/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. SEVCIK (SPÖ), wie die EBS die ihnen gestellten Aufgaben bewältigen werden, sagte StR. VELETA, daß die Anlagen derzeit mit Einschränkungen funktionieren. Wegen des teilweisen Ausfalles der Mahltrockner enthalte der Klärschlamm einen hohen Wassergehalt, sodaß Primär-Energie zugesetzt werden müsse. Wegen der Mahltrockner gebe es zwischen der EBS und dem Generalunternehmen einen Rechtsstreit.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die MA 30 bereits Maßnahmen gesetzt habe, betonte Veleta, daß zahlreiche Vorarbeiten durchgeführt wurden und mit dem Fernwärmeanschluß zu rechnen sei.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, was noch alles geplant sei, sagte Veleta, daß derzeit eine Bestandsaufnahme durchgeführt werde. Ende Mai werde auch eine Studie über technische Änderungen und Kostenauswirkungen vorliegen. Er erwarte sich auch damit eine Ersparnis an Heizöl. Veleta dankte den Mitarbeitern der MA 30 für ihren Einsatz.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. HAHN, wie weit die Verhandlungen mit dem Bund betreffend das Areal der Rennwegkaserne im 3. Bezirk stehen, sagte StR. Veleta, es gebe Differenzen in der Preisauffassung. Prinzipiell aber sei eine Übereinstimmung erzielt worden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie hoch Auffassungsunterschiede in den Preisvorstellungen seien, betonte Veleta, er könne keine Preise nennen. Dem Bund ginge es unter anderem auch darum für die derzeitige Nutzung des Areals der Rennwegkaserne Ersatzflächen zu erhalten.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er gemeinsam mit Bürgermeister GRATZ mit Bautenminister SEKANINA verhandeln werde, sagte Veleta, er nehme diese Anregung gerne auf und habe bereits das Angebot gemacht, daß das Areal durch die MA 40 korrekt bewertet werde. (Forts.)

kuc/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Die ELFTE ANFRAGE wurde von GR. KUCHAR (FPÖ) zurückgezogen.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. OUTOLNY (SPÖ), ob die Behauptung der Wochenpresse, daß bei den EBS "Leichen im Mist" deponiert wurden, stimme, antwortete Stadtrat STACHER, daß sicherlich keine Leichen im Sinne von toten Körpern deponiert wurden. Eine Überprüfung durch OSR Siebensohn hätte allerdings ergeben, daß bis 5. Februar 1982 Sondermüll aus den Spitälern auch in die EBS transportiert wurde. Ab diesem Zeitpunkt wurde der gesamte Sondermüll in die Müllverbrennungsanlage 2 gebracht. Leichenteile werden der Erdbestattung zugeführt. Am 16. März fand eine Kontrolle des gesamten Werksgeländes statt, wobei nichts gefunden wurde. Am 24. März konnte bei einer weiteren Kontrolle durch das Gesundheitsamt kein Hinweis auf Leichenteile bemerkt werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie er sich erkläre, daß die Wochenpresse ein Foto mit der Unterschrift "Einfach in den Mist" veröffentlichen könne, antwortete Stadtrat STACHER, er könne sich das nur durch dichterische Freiheit, Manipulation oder Unwissenheit erklären, da der menschliche Embryo nicht aus den Entsorgungsbetrieben stammen könne.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum der Sprecher der "Aktion Leben", Primarius MÜLLER-HARTBURG behaupte, daß abgetriebene Föten einfach in den Mist kämen, antwortete Stadtrat Stacher, daß diese Aussage nicht in dieser Form gemacht wurde. Sollte ein Arzt mit freier Praxis so vorgehen, müßte er angezeigt werden. (Forts.)  
roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die 13. Anfrage von GR. ARTHOLD (öVP), welche Auswirkungen das Abgabenänderungsgesetz 1981 auf die Wiener Sportvereine habe, antwortete Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), daß dadurch eine Besserstellung erreicht wurde. Bei den vieldiskutierten Sponsorgeldern hätte sich, ausgenommen des erwähnten Freibetrages, keine Änderung ergeben. Reine Subventionen sind steuerfrei; bei wirtschaftlichen Gegenleistungen - im allgemeinen Werbung - wäre der den Freibetrag übersteigende Teil zu versteuern. Eine strikte Interpretation würde dem österreichischen Sport Schaden zufügen. Eine generelle Regelung durch das Finanzministerium sei in Ausarbeitung. Sponsorgelder sollten als "unentbehrlicher Hilfsbetrieb" der Steuerpflicht entzogen werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sich in der Praxis nicht doch eine Schlechterstellung für kleine Vereine ergeben habe, da früher Sponsorgelder überhaupt nicht, jetzt aber über den Freibetrag von 80.000 Schilling doch versteuert wurden, antwortete Stadtrat Schieder, daß er diese Frage schon beantwortet habe und wiederholte den Schlußteil seiner Anfragebeantwortung.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob ihm bekannt sei, daß Wiener Sportvereinen bereits Steuervorschreibungen zugegangen seien, antwortete Stadtrat Schieder, daß dadurch diese Maßnahmen besonders dringend wären. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Stadtentwicklungsplan

=++++

14 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) "Politik ist nur dann auf kurze Sicht richtig, wenn sie auch auf lange Sicht richtig ist". Dieses Zitat von Manes Sperber stellte StR. Univ.-Prof. Dr. WURZER an die Spitze seiner Ausführungen über den Stadtentwicklungsplan für Wien. Für die Entwicklung einer Großstadt ist es von existentieller Bedeutung, kommunale Einzelmaßnahmen nicht isoliert durchzuführen, sondern so zu bündeln, zu dosieren und zu steuern, daß eine ebenso wirksame wie langfristige Beeinflussung der Stadtentwicklung erreicht werden kann. Der nun zur Diskussion stehende Entwurf des Stadtentwicklungsplanes für Wien ist Ausdruck eines einheitlichen, an den Bedürfnissen der Wienerinnen und Wiener orientierten politischen Gestaltungswillens für die Zukunft unserer Stadt. Er soll so gründlich und umfassend wie möglich beurteilt, überprüft und ergänzt werden. Erst dann wird er - gemeinsam mit den Ergebnissen der Diskussionsphase - dem Gemeinderat zur weiteren Behandlung vorgelegt.

Die Ausstellung "Wien 2000" im Messepalast wurde bisher schon von fast 10.000 Menschen besucht. 75 Prozent der Besucher bezeichneten sie als informativ.

Die internationale Bedeutung Wiens als dritte UNO-Stadt ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Im Jahr 1980 wurden allein von den internationalen Organisationen 254 Konferenzen mit 13.600 Teilnehmern abgehalten. Mit 1,2 Millionen ausländischen Gästen lag Wien vor München, Hamburg und Berlin. Die Anwesenheit der internationalen Organisationen bringt auch einen beachtlichen finanziellen Ertrag: Laut Angaben der Organisationen flossen 1980 der Wiener Wirtschaft 1,6 Milliarden S zu. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Stadtentwicklungsplan

=++++

15 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auch diese Tatsache spricht eindrucksvoll für den raschen Bau des Konferenzzentrums in der UNO-City, sagte WURZER.

Angesichts der extremen Randlage der Bundeshauptstadt im Osten Österreichs sind die rasche Fertigstellung der Südautobahn und der Bau des Semmering-Basistunnels von großer Bedeutung für die künftige Entwicklung unserer Stadt. Die dynamische Entwicklung benachbarter Großstädte wie München, Zürich und Mailand führte dazu, daß überregionale Einrichtungen der Bundeshauptstadt zum Nachteil der Wiener Wirtschaft nicht im wünschenswerten Ausmaß in Anspruch genommen werden.

In Wien lebt ein Fünftel und arbeitet ein Viertel der österreichischen Bevölkerung. 27,4 Prozent des Bruttonationalproduktes entfallen auf Wien. Jährlich fließen mehr als 10 Milliarden Schilling in Wien aufgebracht Steuerermittel in andere Bundesländer.

Da Ballungsräume mit optimaler Infrastruktur und vielfältigem Arbeitskräftepotential die Standortwahl von Betrieben künftig noch stärker beeinflussen werden, ist in Wien mit einer Vergrößerung des Wirtschaftspotentials zu rechnen.

Der Bevölkerungsanteil der Länderregion Ost zeigte in den letzten Jahrzehnten einen ständigen Rückgang. Der Ausbau des Schnellbahnnetzes und des Bundesstraßennetzes in der Region Ost erfordert eine intensive Koordination der angestrebten Entwicklung. Von seiten Wiens wird alles getan, um die Tätigkeit der "Planungsgemeinschaft Ost" zu intensivieren.

Mehr als die Hälfte aller in Niederösterreich im letzten Jahrzehnt errichteten Wohnungen entfielen auf das Wiener Umland. Eine Metropole wie Wien kann sich nicht nur mit den Entwicklungsproblemen innerhalb der Stadtgrenzen befassen, sondern muß auch eine wirksame kommunale "Außenpolitik" betreiben. Der Stadtentwicklungsplan soll dafür eine Grundlage sein. (Forts.)  
ger/bs

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Stadtentwicklungsplan

=++++

16 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der Berufstätigen dürfte in den nächsten Jahren ziemlich konstant bleiben, sagte WURZER. Sollte es zu keiner gravierenden Verschlechterung kommen, könnte das derzeit hohe Beschäftigungsniveau gehalten werden.

In den letzten Jahrzehnten entstanden besonders im Süden und Norden Wiens neue lokale Zentren. Große Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang einer optimalen Trassenführung und Stationsfestlegung künftiger U-Bahnlinien zu.

Es wurde auch geprüft, ob ausreichende Flächenreserven im Stadtgebiet vorhanden sind. Die Schaffung von neuen Betriebsbaugebieten erscheint für 17 bis 24 Jahre gesichert. Für Wohn- und Mischgebiete reichen die Flächenreserven für 20 bis 33 Jahre. Dies bedeutet, daß in diesen Bereichen 65.000 bis 80.000 Arbeitsplätze und Wohnungen für 55.000 bis 70.000 Menschen geschaffen werden können.

Von entscheidender Bedeutung ist eine nachhaltige Sicherung der natürlichen Umwelt. Im Stadtentwicklungsplan wird eine langfristige Sicherung der Flächen für die Land- und Forstwirtschaft angestrebt.

Um wirksam zu sein, müssen die politischen Ziele des Stadtentwicklungsplanes auch im Flächenwidmungsplan und in den Bebauungsplänen volle Berücksichtigung finden. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Dringlicher Antrag wegen AKH

=++++

17      Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP hatte vier Anfragen  
eingebracht. Zwei Anträge der ÖVP (anhängige Verfahren bei der  
Schlichtungsstelle; Erfassung, Erhaltung und Errichtung von  
Zivilschutzräumen) wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Ein  
dringlicher ANTRAG der ÖVP, betreffend die Sicherung des Weiterbaues  
des neuen AKH, wird vor Schluß der Sitzung behandelt. (Forts.)  
and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Kanalprojekt Simmering

=++++

19 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. PESKA (SPÖ) beantragte den Bau eines Straßenkanals in Simmering mit einem Kostenerfordernis von 12 Millionen. GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) nahm dieses Geschäftsstück zum Anlaß, die Funktion der Recycling-Anlage und der Kläranlage zu kritisieren. Er habe den Eindruck, daß Müll, Sondermüll und andere Abfallprodukte dem Stadtrat Veleta langsam über den Kopf wachsen. Die FPÖ erwartet positive Ergebnisse in nächster Zeit.

GR. DDr. STRUNZ (ÖVP) verwies auf den Kreislauf Trinkwasser - Abwasser und hob hervor, daß hier sehr leicht etwas passieren könne; deshalb sei besondere Vorsicht geboten. Die Behauptung von Stadtrat Veleta, daß der Phosphorsäureester auf der Deponie sich binnen kurzem selbst abbaue, sei eine reine Spekulation. Die "wilde Deponie" der Biomüll gefährde die Donauauen, den Donaukanal und die gesamte Umgebung. "Ich bin froh, daß nach unseren Aktivitäten die Experten der MA 39 diese Deponie kritisch untersuchen werden." GR. Strunz forderte Stadtrat Veleta auf, dem Kontrollamt Fakturen und Lieferscheine der Lieferungen teilweise verbrannter Sonderabfälle aus Salzburg zu übergeben und dem zuständigen Ausschuß zu berichten.

GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) beklagte die Geruchsbelästigung der Anrainer der EBS. Die Lagerung gefährlicher Stoffe sei ein Skandal. "Die EBS ist eine Zeitbombe. Sie ist eine Gefahr für Mensch, Tier und Pflanzen. Die Absicherung ist ungenügend."

GR. Hampel-Fuchs brachte einen ANTRAG ein, Stadtrat Veleta solle in der nächsten Sitzung des Gemeinderates einen detaillierten Bericht über den Stand der Sonderabfallverwertung geben. Dieser Bericht solle die bisher getroffenen Maßnahmen aufzählen und aufzeigen, welche Vorkehrungen getroffen werden, um eine fachgerechte Deponierung beziehungsweise Verbrennung des Sonderabfallrestes zu gewährleisten. (Forts.) fk/gg



Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Kanalprojekt Simmering

=++++

20 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat VELETA (SPÖ) erklärte in seiner Wortmeldung, alle in der Kommunalpolitik Tätigen seien bemüht, bei der Entsorgung eine größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Alle Mitarbeiter der Entsorgung verdienen Dank und Anerkennung. In der Hauptkläranlage sollte das Wasser mit mindestens 70 Prozent geklärt werden, diese Auflage wurde bei weitem überschritten, was durch ständige Untersuchungen bestätigt wird. Schwierigkeiten gebe es nur in der Frage der Schlammabeseitigung im Entsorgungsbetrieb Simmering. Diese funktioniere noch nicht ganz, da die vorgeschriebenen Mahltrockner noch nicht in Funktion wären. Zur von GR. DDr. STRUNZ (ÖVP) angesprochenen Firma Biomüll, meinte Stadtrat VELETA, daß man sich hier durch eine Rückfrage beim Institut für Pflanzenschutz abgesichert habe. Außerdem forderte er GR. DDr. Strunz auf, nicht von Gift-, sondern vom Sondermüll zu sprechen. Stadtrat Veleta gab bekannt, daß die Bürgerinitiative Simmering gestern, Donnerstag, gemeinsam mit Stadtrat SCHIEDER und ihm die EBS besichtigt habe. Gemeinsame Maßnahmen für noch mehr Sicherheit seien in Ausarbeitung.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP wurde einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

(Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: "Lesen im Park"

=++++

21 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPÖ) stellte den ANTRAG, dem internationalen Institut für Jugendliteratur und Leseforschung zur Weiterführung der Aktion "Lesen im Park" einen einmaligen Förderungsbeitrag von 100.000 S zu gewähren.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) stimmte diesem Vorhaben zu, stellte aber in diesem Zusammenhang die Frage, wie die zu Lesern gewordenen jungen Parkbesucher weiter betreut würden. In den städtischen Bibliotheken sind die Entlehnzahlen zwischen 1970 und 1980 um über 70 Prozent gestiegen, das Personal nur um 13 Prozent. Damit seien die Beratungsmöglichkeiten verkürzt worden, die Belastung für die Bibliothekare ist gestiegen. GR. Kauer richtete daher an Frau Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER die Frage, was zur Bewältigung dieser Situation unternommen würde.

Vizebürgermeister FRÖHLICH-SANDNER zeigte sich in ihrer Wortmeldung dankbar für die positive Beurteilung der Aktion "Lesen im Park" und der städtischen Bibliotheken durch GR. Kauer. Der Anstieg der Leserzahlen widerspreche dem oft kolportierten Kulturpessimismus. Der Übergang von der Thekenbücherei zur Freihandbücherei habe mehr Möglichkeiten für die Beratung gebracht. Für alle neuen Büchereien seien zusätzliche Mitarbeiter aufgenommen worden. Trotzdem bestehe natürlich der Wunsch nach noch mehr Mitarbeitern.

GR. STRANGL erklärte in seinem Schlußwort, man müsse den Anstieg der Personalzahl nicht mit der Entlehnungszahl, sondern mit der Leserzahl vergleichen, die nicht so stark gestiegen ist. Es würden jetzt mehr Bücher pro Leser entlehnt. Der Bücherbus und die neue städtische Bücherei in der Hansson-Siedlung hätten den starken Aufschwung beim jugendlichen Lesepublikum mitbestimmt.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)

roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Flächenwidmung

=++++

22 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte die Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Teilgebiet im 12. Bezirk.

GR. GLÜCK (ÖVP) erklärte, daß die jahrelangen Bemühungen der ÖVP und einer Bürgerinitiative zur Rettung des Wackerplatzes letztlich erfolgreich waren. Als 1975 Pläne zur Verbauung des Wackerplatzes aufgetaucht waren, hatte sich die ÖVP sofort vehement für die Erhaltung des Sportplatzes eingesetzt. Der neue Wackerplatz befindet sich nunmehr bereits in einem fortgeschrittenen Stadium des Ausbaues. Einmal wöchentlich sollte diese Bundessportanlage als "Sportplatz der offenen Tür" auch den Kindern, Jugendlichen und Senioren offenstehen.

GR. MICHALICA (SPÖ) erinnerte daran, daß der Sportklub Wacker seinerzeit auf alle Ansprüche verzichtet hatte und daß schwierige und langwierige Verhandlungen notwendig waren, um eine Regelung zu finden. Der Grundstückstausch wurde erst nach Verlegung des Bundessportplatzes in Schönbrunn möglich. Ideal ist allerdings auch der derzeitige Zustand nicht, da der ehemalige Sportplatz in Schönbrunn nunmehr vom ÖAMTC als Abstellfläche genutzt wird, während die Autobusse nach wie vor im Bereich des Schlosses stehen. Wichtige Änderungen des Flächenwidmungsplanes betreffen auch die Sicherung des Springerschlossels in der Tivoligasse und eine Verringerung der Bebauungsdichte. Ein Problem stellt die große Wohnhausanlage einer ÖVP-nahen Eigentumsgesellschaft auf den Gründen der ehemaligen Reiterkaserne dar. Wo war die ÖVP, als hier eine Wohnhausanlage ohne Kinderspielplatz gebaut wurde und Bäume gefällt wurden, fragte Michalica?

GR. BROSCHE (SPÖ) wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß auch das vom Gemeinderat beschlossene Verkehrskonzept im neuen Flächenwidmungsplan berücksichtigt wurde.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Eissportanlage Nothnagelplatz

=++++

23 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. LUDWIG (SPÖ) beantragte eine Sondersubvention von zehn Millionen S für die Sportanlage Nothnagelplatz.

GR. ARTHOLD (ÖVP) warf Stadtrat SCHIEDER vor, er habe bestritten, daß der ASKÖ 40 Millionen erhalten wird. Tatsächlich wurden im Dezember 1980 zehn Millionen bewilligt, im Juli 1981 weitere zehn Millionen, und nun werden zum dritten Mal zehn Millionen beschlossen. Er übte Kritik an der Information der Opposition und im Landessportrat. Er zeigte sich auch überrascht, daß nun eine Tafel mit der Aufschrift "Freizeitpark Süd" auf das Projekt aufmerksam macht.

Zu dem bereits beschlossenen Tagesordnungspunkt einer Subvention von 3,8 Millionen für das Horr-Stadion erklärte ARTHOLD, daß dort bereits an die 35 Millionen verbaut wurden, und es muß kontrolliert werden, was mit diesem Geld geschieht.

In seinem SCHLUSSWORT sagte GR. LUDWIG, man kann sehen, was mit den Subventionen geschieht, wenn man durch die Stadt geht und die Aktivitäten der Sportvereine und -verbände betrachtet. Es sei unerheblich, ob die Anlage die Bezeichnung "Eissportanlage Nothnagelplatz" oder einen anderen Namen trägt. Es beweise, daß sie einer Mehrfachnutzung zugeführt wird.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) and/ap

NNNN

Gemeinderat: 79 Geschäftsstücke ohne Debatte beschlossen

=++++

25 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Insgesamt lagen dem Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung am Freitag 86 Geschäftsstücke vor, von denen 79 ohne Debatte einstimmig angenommen wurden. So wurde die Erhöhung des Sachkredites für die Adaptierung der Intensivblutbank im Allgemeinen Krankenhaus um 1,1 Millionen S auf 6,950.000 S genehmigt. Der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft wurde zur Erfüllung ihrer wissenschaftlichen Aufgaben eine Subvention in Höhe von 9 Millionen S gewährt.

Zahlreiche einstimmig genehmigte Anträge hatten Subventionen für kulturelle Aktivitäten und für sportliche Organisationen zum Inhalt. Den Wiener Kleinbühnen wurden Subventionen in einer Gesamthöhe von 4,3 Millionen S zur Verfügung gestellt. Der Wiener Fußballverband bekommt 3,8 Millionen S für die Errichtung einer überdachten Sitzplatztribüne im Franz Horr-Stadion. Verschiedene andere Sport- und Jugendorganisationen erhalten Subventionen in Höhe von insgesamt 80,7 Millionen S.

Für die Betreuung der Grünanlagen in städtischen Wohnhäusern wurden 49,4 Millionen S zur Verfügung gestellt. (Schluß) ei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Flüsterschwellen für die U 2

=++++

26 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. KOPFENSTEINER (SPÖ) stellte den Antrag, 60 Millionen Schilling für die Herstellung eines Körperschallgedämmten Oberbaues auf der U 2 in zwei Teilbeträgen zu genehmigen.

GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte den Umbau in zwei Etappen. Es sei außerdem nicht sichergestellt, daß nach der Investition der 60 Millionen S die Erschütterungen in den Häusern zwischen der Landesgerichtsstraße und der Maria-Theresien-Straße aufhören werden. Er plädierte dafür, den Umbau in einer einzigen Bauetappe durchzuführen.

GR. Dkfm. AMMANN (ÖVP) verwies darauf, daß die ÖVP bereits vor eineinhalb Jahren die Sanierung dieses Teilstückes der u 2 gefordert habe. Die gesamte Streckenführung der U 2 hätte bereits von Anfang an anders geplant werden müssen. Die nun geplante Sanierung solle auf einmal durchgeführt werden. Ammann meinte, daß auch auf anderen U-Bahnstrecken ähnliche Körperschallschwingungen auftreten.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) nahm zu seinen beiden Vorrednern Stellung. "Diese Erschütterungen waren nicht vorhersehbar". Die Sanierung könne nur in zwei Etappen durchgeführt werden, da die Baufirmen nicht in der Lage wären, die Arbeiten in einem Zug durchzuführen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)

fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Darlehen für Mischek

=++++

27 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. HOFSTETTER (SPÖ) stellte den Antrag, der MISCHEK Fertigteilbau AG zur Sicherung von Arbeitsplätzen und der Fertigstellung von in Bau befindlichen Wohnhausbauten ein Darlehen in der Höhe von 22,160.000 S und der WBG Wohnbaugesellschaft m.b.H. ein Darlehen in der Höhe von 5,540.000 S unter der Voraussetzung zu gewähren, daß der Bund an die genannten Firmen zinsfreie Darlehen von zusammen 37,5 Millionen Schilling und das Land Niederösterreich von 9,8 Millionen Schilling gibt.

Der Mischek-Konzern konnte mit seiner auf der Simmeringer Lände errichteten "Wohnwelt" die Umsatzerwartungen nicht erfüllen und hat derzeit Liquiditätsschwierigkeiten in der Höhe von 250 Millionen. Er beschäftigt zur Zeit 1.200 Arbeiter auf seinen Baustellen und hat Bauaufträge für 9.000 Wohnungen auf Grund von Optionen zu erwarten. Da das Weiterbestehen der Firma im Sinne der Stadterneuerung zweckmäßig wäre, legte GR. Ing. HOFSTETTER ein Konzept zur Sanierung des Unternehmens vor.

GR. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, es sei überraschend, daß die Pleite der "Wohnwelt" zu einer existentiellen Gefährdung der Mischek AG geführt habe, nachdem der Geschäftsführer vor kurzem noch das Gegenteil behauptet habe. Es wäre noch zu klären, wieso eine Haftung für den Schuldenberg der "Wohnwelt" bestünde. Außerdem müsse die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel überprüft werden. Ein Beschlusantrag in diesem Sinne wurde von GR. Hirnschall an Stadtrat HATZL gerichtet. Außerdem sei es ihm nicht verständlich, betonte Hirnschall, warum auch die neugegründete Wohnbaugesellschaft zinsfreie Kredite der Stadt Wien erhalten solle, obwohl sehr potente Firmen daran beteiligt wären. Hirnschall befürchtete, daß die jetzt gesetzten Maßnahmen nur kurzfristig wirksam wären und keine dauerhafte Lösung gewährleisten. Deshalb könne seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Darlehen für Mischek

=++++

28 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. WÖBER (ÖVP) bezeichnete den Ausgang der Schwierigkeiten von der "Wohnwelt" als nicht überraschend. Durch diese Firma sei ein Überangebot im Wiener Baustoffhandel entstanden, die ÖVP habe dem Projekt seinerzeit auch nicht zugestimmt. Die Folge wären die heutigen Schwierigkeiten. Trotzdem sei seine Fraktion bereit, dem Antrag zuzustimmen, falls ein Zwischenbericht über die Neukonzeption bis Ende Juni im Finanzausschuß vorgelegt wird. Abschließend forderte GR. WÖBER eine gerechte Verteilung der Wirtschaftsförderung auch auf andere Klein- und Mittelbetriebe.

Stadtrat HATZL (SPÖ) erklärte, daß keine Gefährdung der Förderungsmittel zu befürchten sei. Er habe die MA 50 beauftragt, mit den bestellten Prüfern Kontakt aufzunehmen. Bisher sei die Auszahlung nur auf Vorlage der Prüfer vorgenommen worden, es gäbe daher keinen Anlaß zur Sorge. Er sei aber trotzdem dafür, den Antrag der FPÖ dem Ausschuß zuzuweisen. (Forts.) roh/ap

NNNN



Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Darlehen für Mischek

=++++

29 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR stellte fest, daß die Überschuldung der Wohnwelt auch auf die übrigen Teile der Mischek AG durchgeschlagen habe, weil rechtlich eine einzige Verantwortung bestand. Dies war vielleicht unklug, aber nicht unanständig.

Es wäre uns lieber gewesen, die Kredite der WBG und nicht der Mischek AG zu geben. Es ist aber nur gelungen, der WBG 15 Millionen zu geben. Hier besteht die Möglichkeit eines Rückflusses. Bei den 60 Millionen der Mischek AG ist mit keinem Rückfluß zu rechnen.

In Ostösterreich gibt es eine Überkapazität im Bereich der Bauwirtschaft. Es besteht daher das Problem eines geordneten Rückzuges. Das Darlehen dient nicht einer dauernden Bestandssicherung, sondern zur Rücknahme der Aktivitäten der Firma ohne schmerzhaften Eingriff.

Lösungen für ähnlich gelagerte Fälle werden von Fall zu Fall vorsichtig zu prüfen sein. Der heutige Beschluß stellt einen wichtigen Schritt zur wirtschaftlichen Strukturbereinigung dar.

GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß ohne das Darlehen eine Großfirma zur Insolvenz gezwungen worden wäre. Dies hätte nicht nur den Verlust von tausend Arbeitsplätzen bedeutet, sondern wäre auch nicht im Interesse der Wohnungswerber gelegen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Der Antrag der FPÖ wurde zugewiesen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

30 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. ROSENBERGER (SPÖ) begründete den Antrag auf Besprechung der Mitteilung von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER über den Stadtentwicklungsplan damit, daß nun die öffentliche Diskussion eingeleitet wird.

GR. Dkfm. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß mit dem Stadtentwicklungsplan ein tragfähiges Instrument für die künftige Stadtplanung geschaffen wurde. In der Praxis ist es freilich so, daß die Verwaltung nicht nur ausführendes Organ, sondern vielfach auch planend und politisch tätig ist. Als Beispiele nannte er, daß eine beabsichtigte Erhöhung des Gaspreises nicht vom zuständigen Stadtrat, sondern von einem Beamten der Stadtwerke bekanntgegeben wurde. Dies läßt auf einen Bedeutungsverlust der ziel- und prioritätensetzenden politischen Führung und auf eine Zunahme der Bedeutung der Verwaltung schließen. Pawkowicz kritisierte auch, daß handelnde politische Personen aus rational nicht verständlichen Überlegungen immer wieder anderen "die Mauer machen".

Pawkowicz verlangte, daß der Opposition nicht Opposition um ihrer selbst Willen unterstellt werde. Das Klima müsse stärker von Toleranz geprägt werden. Dies würde die Leistungsfähigkeit und Mitarbeit der Opposition fördern. Stadtentwicklungspolitik darf keine Geheimwissenschaft sein. Es ist notwendig, daß die Informationen auf den Tisch gelegt werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

31 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) begrüßte die Diskussion zum Stadtentwicklungsplan, kritisierte jedoch, daß dies heute in Form einer Mitteilung an den Gemeinderat geschehen ist und somit den Rednern der Opposition eine Redezeitbeschränkung auferlegt ist.

Im Stadtentwicklungsplan sind keine Vorschläge zur Lösung der echten Probleme der Stadt enthalten. "Warum entstehen die Siedlungen im Umfeld, warum gehen die Wiener weg, warum ist die Geburtenrate in Wien so niedrig?" Vieles ist noch ungeklärt.

Ein wesentlicher Punkt für die Stadtentwicklung ist die Sanierung der Altstadt. Auch hier gibt der vorgelegte Plan keine Antwort.

ARTHOLD vermißte einen Zeitplan und einen Finanzierungsplan für die Stadterneuerung. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

32 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. ROSENBERGER (SPö) bezeichnete den Stadtentwicklungsplan als langfristigen Zielkatalog, als "Kompaß" für Bevölkerung, Verwaltung und Politiker. Der Plan müsse auch mittelfristige Konzepte aufweisen und eine laufende Fortschreibung mit zwischenzeitlichen Informationen für die Bevölkerung erfahren. Sein Ziel sei es, eine menschliche Stadt zu formen und der Stadtflucht Einhalt zu gebieten. Dabei müßten auch die Hauseigentümer materiell eingebunden werden. Die soziale Komponente müsse stärkstens berücksichtigt werden.

Der Stadtentwicklungsplan könne nicht in einem Zug realisiert werden, man müsse bestimmte Prioritäten setzen, betonte GR. ROSENBERGER. Als persönliches Anliegen schlug er vor, den Flächenwidmungsplan vom Bebauungsplan zu trennen, um ihn überschaubarer und verständlicher zu machen.

Abschließend sprach GR. Rosenberger all jenen seinen Dank aus, die an der Erstellung des Entwurfes beteiligt waren, der als "Jahrhundertwerk" bezeichnet werden kann. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

33 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Wien erlebte in den letzten Jahrzehnten einen deutlichen Bevölkerungsrückgang, sagte GR. DALLER (ÖVP). Was geschieht, um die Abwanderung aus Wien zu bremsen? Laut Stadtentwicklungsplan sind dafür unter anderem attraktive Wohnungen erforderlich. Wiederholt hat die ÖVP ein Einfamilienhausprogramm verlangt, die SPÖ hat sich damit aber bis heute nicht identifiziert. Vor zehn Jahren wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, um die Monotonie in städtischen Wohnhausanlagen zu überwinden. Offenbar ist es in der Schublade verschwunden. Auch unter den Bewohnern der städtischen Wohnhausanlagen ist die Zahl der Zweitwohnungsbesitzer im Zunehmen.

Im Stadtentwicklungsplan werden zum Beispiel differenzierte Wohnformen und verdichteter Flachbau verlangt. Dies sind Forderungen, die von der ÖVP seit langem vertreten, von der SPÖ aber bis heute nur zögernd angenommen werden. Die Einfamilienhäuser und Kleingärten an der Unteren Alten Donau zum Beispiel erscheinen durchaus gefährdet.

Von großer Bedeutung ist auch eine gut funktionierende Nahversorgung. Die tägliche Wirklichkeit ist aber meilenweit von schönen Zielsetzungen entfernt: Das Donauzentrum wächst, und kleine Geschäfte sperren eines nach dem anderen zu.

Der Stadtentwicklungsplan sieht auch eine bessere Zuordnung von Wohn- und Arbeitsplätzen vor. In der Realität stellt das Unterangebot an Arbeitsplätzen im Bezirk Donaustadt ein großes Problem dar.

Theorie und Praxis stimmen nicht überein. Der Stadtentwicklungsplan wird sich mehr und mehr einer Illusion nähern, schloß Daller. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

34 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) widmete sich in seinem Beitrag eingehend der Stadterneuerung. Er betonte, daß Stadterneuerung nicht allein Reparatur ist, sondern wesentlich mehr Bereiche umfaßt. Die SPÖ habe immer ihr Eintreten für die Stadterneuerung deutlich gemacht.

Zwischen 1888 und 1902 wurden 114.000 Wohnungen gebaut, gerade sie sind es jedoch, die heute nicht mehr dem modernen Standard entsprechen. Es müssen gute und erschwingliche Wohnungen gebaut werden, und es dürfen keine Ghettos für die verschiedenen Einkommensgruppen entstehen. Die Erfüllung dieser Aufgaben kann auch einen Eingriff in die Privatsphäre erforderlich machen.

Brosch verwies auf das Stadterneuerungsgebiet Ulrichsberg und auf die Absichten, durch eine Änderung des Flächenwidmungsplanes auf dem Spittelberg Vorsorge für neue Grünflächen zu treffen. Dagegen ist jedoch die ÖVP im Bezirk aufgetreten. Vizebürgermeister BUSEK habe sich dafür ausgesprochen, statt des Weghuberparks ein Studentenheim zu errichten. Die ÖVP messe mit zweierlei Maß. Es gehe ihr nicht um die Grünflächen, sondern um den politischen Gag. Für die Arbeit am Stadtentwicklungsplan verlangte Brosch, die Gemeinsamkeit in den Vordergrund zu stellen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

35      Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Die Realisierung des Stadtentwicklungsplanes hängt von einer guten Wirtschaft und einer guten Finanzlage der Stadt ab, sagte GR. WIESINGER (SPÖ). Es sind heute Veränderungen der Wirtschaftsstruktur zu verzeichnen, und der vorgelegte Stadtentwicklungsplan enthalte zahlreiche Ansatzpunkte zur Verbesserung. Für die sozialistische Partei ist oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik die Vollbeschäftigung. Diese könne mit öffentlichen und privaten Investitionen gesichert bleiben. Neben den Investitionen müsse aber auch eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur angepeilt werden.

Es ist eine Verpflichtung, die Nähe zur Wissenschaft und Forschung auszunützen, die Innovation zu fördern, neue Impulse zu geben. Es ist unbestritten, meinte Wiesinger, daß Wien über das Budget einen Beitrag zur Vollbeschäftigung zu leisten hat. Daher ein Ja zur Stadterneuerung, mit der beschäftigungswirksame Investitionen erreicht werden.

Wien muß aber auch vom Bund und von den anderen Bundesländern eine Abgeltung der Leistungen fordern, die Wien für Gesamtösterreich leistet. Auch der Finanzausgleich muß verbessert werden, er ist ungerecht. "Die Stadt Wien gibt 12 Milliarden mehr in den gemeinsamen Topf als sie wieder herausnimmt. Darüber wird man reden müssen". Wiesinger forderte alle Mitglieder des Gemeinderates auf, den Stadtentwicklungsplan gründlichst zu diskutieren, abzuändern und wenn nötig zu ergänzen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

36 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) bezeichnete den Stadtentwicklungsplan als Diskussionsgrundlage. Er enthalte allerdings nur zweieinhalb Seiten über das Gesundheits- und Sozialwesen, dessen Stellenwert daraus deutlich erkennbar würde. Außer dem Detailplan aus dem Jahr 1978 gebe es keine neuen Vorstellungen.

Gewisse Zielvorstellungen wären verschieden, so halte ihre Fraktion nichts von Zwangsbeglückungen. Die Familie müsse die erste Erziehungsgemeinschaft bleiben. Man dürfe nicht nur mit Institutionen, sondern man müsse mit den Leute arbeiten. Im Bereich der Altersversorgung habe sich die Vorstellung der ÖVP durchgesetzt, daß man alte Menschen nicht aus ihrer Umgebung lösen dürfe. Dieses Prinzip habe sich bei der Heimhilfe verwirklichte.

Zum Thema Behinderte habe Stadtrat WURZER in seiner Mitteilung nichts zu sagen gehabt. Die entsprechende ÖNORM solle endlich für verbindlich erklärt werden, forderte GR. FLEMMING. Die Stadt Wien solle in ihren Bereichen die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl von Behinderten beschäftigen.

Zusammenfassend erklärte GR. FLEMMING, sie könne nicht alle Zielsetzungen des Stadtentwicklungsplanes teilen, in den übrigen müßten Prioritäten gesetzt werden und sie müßten einer ständigen Überprüfung unterzogen werden. (Forts.) roh/ap

NNNN



Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

37 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Mit Fragen der Grünpolitik beschäftigte sich GR. VEJTISEK (SPÖ). 56 Prozent des Stadtgebietes sind Grünland, dennoch besteht im dicht bebauten Gebiet, besonders in den Bezirken 4 bis 9, ein Mangel an Grünanlagen. Zu den Zielsetzungen des Stadtentwicklungsgebietes mit öffentlichen der Bevölkerung Wiens mit ausreichenden und gut erreichbaren Grünflächen sicherzustellen. Die Anlage neuer Freizeiteinrichtungen soll sich an der Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln orientieren. Vejtisek verwies auf die zahlreichen Maßnahmen, die im Bereich der Grünpolitik gesetzt wurden, namentlich auf das Parkerneuerungsprogramm, die Neugestaltung bestehender und die Errichtung neuer Grünflächen im Stadtgebiet sowie die Schaffung zahlreicher neuer Kinderspielplätze. Die vom U-Bahn-Bau betroffenen Straßen und Plätze wurden und werden nach Fertigstellung der Bauarbeiten neu gestaltet.

Von größter Bedeutung ist die Schaffung der Donauinsel und der Neuen Donau. Ab September wird es möglich sein, mit der U-Bahn in wenigen Minuten vom Stadtzentrum zur Donauinsel zu fahren. Die Erreichbarkeit dieses neuen Erho zur Donauinsel zu fahren. Die Verkehrsmitteln, mit dem Fahrrad und zu Fuß ist besonders attraktiv. Heuer werden zwei neue Abschnitte der Donauinsel - die Bereiche zwischen Floridsdorfer Brücke und Nordbahnbrücke sowie um das Wehr 1 zur Benützung freigegeben. Wichtig ist auch die Ausgestaltung des rechten Donauufers.

Die Aufforstung des Laaer Berges bringt eine wesentliche Ausweitung der Erholungsflächen im Süden Wiens. Dieses Erholungsgebiet wird heuer endgültig eröffnet werden. (Forts.)  
ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

38 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Mit scharfen Worten wandte sich Gesundheitsstadtrat Univ. Prof. Dr. Alois STACHER gegen den Vorwurf von GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP), daß der Stadtentwicklungsplan keine Aussagen über das Gesundheits- und Sozialwesen enthalte. "Das ist keine sachliche Auseinandersetzung". Stadtrat STACHER zählte die Einrichtungen auf, wie Beratungsstellen, Sozialstationen, Wohngemeinschaften für Behinderte, geschützte Arbeitsplätze, die Maßnahmen zur Überwindung baulicher Barrieren. "Davon haben sie nicht gesprochen", warf er seiner Vorrednerin vor.

GR. Dr. Marilies FLEMMING meldet sich nochmals zu Wort und präziserte ihre Aussage: "Wir streben eine Betreuung durch Menschen und nicht durch Institutionen an." GR. FLEMMING hielt an ihrem Vorwurf fest, daß der Stadtentwicklungsplan für die Bereiche Gesundheit- und Sozialwesen Phrasen enthalte.

(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

39 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) nahm auf die Ausführungen vom GR. FLEMMING Bezug und warf ihr vor, einmal für und einmal gegen Kinderkrippenplätze zu sein. Anlässlich der Benennung der Wohnhausanlage "Am Sandberg", die über Kindergarten und Kleinkinderkrippe verfügt, habe Bezirksvorsteher HEMMELMAYER erklärt, wie wertvoll und notwendig diese Einrichtung sei.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich Riedler eingehend mit der Verkehrskonzeption als Teil des Stadtentwicklungsplanes. Grundsätzlich erklärte er, die Stadtplanung müsse kontinuierlich sein, nicht auf Fixpunkte abgestellt, sondern den geänderten Verhältnissen angepaßt. Die ÖVP habe ihre Zustimmung zur Verkehrskonzeption im April 1980 verweigert, weil sie fürchtete, sich festzulegen.

GR. RIEDLER gab einen Überblick über U-Bahn-Bau und Planung sowie über bereits erfolgte und konzipierte Beschleunigungsmaßnahmen. Hinsichtlich des Verkehrsverbundes hoffe er nach langjährigen Verzögerungen durch Niederösterreich nun auf eine möglichst baldige Realisierung. Die A 22 ist fertig bis zur Floridsdorfer Brücke, die Vorarbeiten für den Weiterbau laufen. Auf eine Inanspruchnahme von Teilen der Alten Donau kann nach Umplanungen verzichtet werden. Die A 4 wird 1983 fertig und zur Entlastung dicht bebauter Gebiete führen. Die Südosttangente hat Erleichterungen im 3., 10. und 11. Bezirk gebracht. Für heuer sind 25 provisorische verkehrsberuhigte Zonen geplant. Ihre Finanzierung wird teilweise aus der Altstadtmilliarde des Bundes erfolgen, weil diese Maßnahmen zu einer Verbesserung der Wohnumwelt beitragen.

Abschließend setzte sich Riedler mit der geplanten Verkehrsfreimachung des Josefsplatzes auseinander und kritisierte, daß Bezirksvorsteher HEINZ durch ein Pickerl für Anrainer diesen außerordentliche Privilegien zugestehen wolle. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

40 wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat WURZER (SPÖ) dankte für die zahlreichen Diskussionsbeiträge zum Stadtentwicklungsplan. Einzelne Aussagen riefen das Gefühl hervor, als handle es sich dabei um "verschärfte Zehn Gebote", dabei sei es nur die politische Vorstellung über die Zukunft dieser Stadt, die in der Praxis noch viele Änderungen erfahren werde.

Die Finanzplanung sollte mit dem Stadtentwicklungsplan nicht verknüpft werden, meinte Wurzer; es habe keinen Sinn, eine Kosten-Nutzen-Rechnung für die nächsten 20 Jahre zu erstellen. Die Schwerpunktsetzung im Stadtentwicklungsplan solle Verständnis für die Mittelverteilung hervorrufen, die damit den tatsächlichen Bedürfnissen angepaßt würde.

Daß in den Stadtentwicklungsplan auch politische Vorstellungen eingeflossen seien, sei selbstverständlich - schließlich handle es sich dabei um eine politische Aufgabe.

Das gute Verhältnis zwischen Verwaltung und Politik sei eine existenzielle Frage, erklärte Wurzer; die Verwaltung brauche eine politische Zielvorgabe.

An der Stadtflucht könne man natürlich nicht Niederösterreich die Schuld geben. Dieses Problem müsse aber gelöst werden, um der Großstadt ihre Finanz- und Wirtschaftskraft zu erhalten.

In Zusammenarbeit mit Stadtrat HATZL werde an den Grundlagen für eine modifizierte Wohnbauplanung gearbeitet. Ohne erreichbares Bauland könne man aber keine Wohnbaupolitik machen. Eine kreative und konstruktive Oppositionspolitik, wie sie Stadtrat Gertrude KUBIENA (BVP) im Gemeinderat versprochen habe, könnte helfen, den Stadtentwicklungsplan zu einem funktionstüchtigen Instrument zu machen.

Abschließend bezeichnete Stadtrat Wurzer den Stadtentwicklungsplan als erreichbare und durchsetzbare Vision für die Gestaltung einer Großstadt, die man als Heimat empfinden kann.  
(Forts.) roh/bs

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Dringlicher Antrag über AKH

=++++

41 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP beantragte die dringliche Behandlung ihres Antrages betreffend die Sicherung des Weiterbaues des neuen AKH.

Der Antrag wurde vom Schriftführer GR. Ing. KREINER (ÖVP) verlesen:

1. Durch beschleunigte Planungsarbeiten ist ein hinreichender Planungsvorlauf seitens AKPE zu erzielen, damit Klarheit darüber besteht, was Gegenstand vertraglicher Vereinbarung über den Weiterbau des AKH ist. Die notwendige Istzustandserhebung ist noch vor einem Vertragsabschluß zu erstellen.
2. Die rechtliche Stellung, die Aufgaben und Verantwortungen sowie die Haftung für Vergangenheit und Zukunft zwischen der bisherigen AKPE, einem neuen Generalbeauftragten sowie gegenüber Bund und Stadt Wien ist eindeutig zu regeln. Die Mitwirkung und Verantwortung von Bund und Stadt Wien müssen dabei gesichert werden.
3. In dem Vertrag mit einem Generalbeauftragten ist die Kooperation mit den künftigen Nutzern sicherzustellen.
4. Es ist ein realistisches und pönalisiertes Zeit- und Kostenlimit festzusetzen.
5. In einem neuen Beauftragungsvertrag oder im Falle der Übernahme der Geschäftseinteilung der AKPE durch einen Generalübernehmer ist vorzusehen, daß auch die künftige gesetzliche Regelung für Auftragsvergaben im öffentlichen Bereich eingebunden wird.
6. Im Rahmen des Weiterbaues des AKH sollen Wiener Firmen dann herangezogen werden, wenn sie gleich mit anderen Bietern liegen. Alle Aufträge, auch Planungsaufträge, sind öffentlich auszuschreiben.
7. Die begleitende Kontrolle hat sich auf die vertraglich vorgesehenen Aufgaben zu beschränken und darf keine überschneidenden Managementfunktionen übernehmen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Dringlicher Antrag über AKH

=++++

42 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) 8. Mindestens vierteljährlich ist dem Gemeinderat über die Planung und den Bau des neuen AKH zu berichten.

9. Erst nach Berücksichtigung dieser Forderungen kann die Betrauung eines Unternehmens mit dem Weiterbau des AKH bzw. ein Eigentümerwechsel im Bereich der AKPE erfolgen. Die entsprechenden Verträge sind vorher dem Gemeinderat vorzulegen.

Zur Begründung der Dringlichkeit meldete sich GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) zu Wort. Die ÖVP hat bereits am 22. Jänner 1982 einen entsprechenden Antrag eingebracht, der bis heute jedoch nicht beantwortet wurde. Nun stehen die Verhandlungen mit der VOEST laut Stadtrat MAYR kurz vor dem Abschluß. Es muß deshalb dringend Klarheit über die Modalitäten geschaffen werden, damit die Verhandlungspartner der beiden Gebietskörperschaften über klare Richtlinien verfügen. Der ÖVP geht es um eine klare Verantwortlichkeit. Zwischen Iststand und Vertragslage darf nicht die Spur einer Spalte bleiben. Für die ÖVP ist es nicht vorstellbar, daß sich Bund und Stadt Wien aus den Planungs- und Entscheidungsvorgängen zurückziehen.

Als Kontraredner erklärte GR. PÖDER (SPÖ), daß der Bund und die Stadt Wien in Zukunft eine Vertragspartnerschaft mit der VOEST eingehen werden. Die Verhandlungen sind derzeit im Gang, es geht dabei um ein kompliziertes Vertragswerk. Einige Punkte des ÖVP-Antrages sind geeignet, die Verhandlungen zu verzögern. Das Vertragswerk wird dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Eine dringliche Behandlung erscheint deshalb nicht zielführend.

ABSTIMMUNG: Die Zuerkennung der Dringlichkeit wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Der Antrag wurde zugewiesen.  
Schluß der Sitzung um 17.30 Uhr. (Schluß) ger/ap

--- Ende des Sitzungsberichtes ---